

Der Koalitionsvertrag (Landesentwicklungsprogramm und Windkraft in Rheinland-Pfalz) ist für das Landesbündnis „Energiewende für Mensch und Natur e.V.“ weiter vom Winde verdreht und führt zu großem Ärger über die rein polit-kosmetischen Anpassungen der FDP. Den Bürgern wurde Sand in die Augen gestreut.

Große Verärgerung und Enttäuschung wird vom Bündnis mit seinen 55 Bürgerinitiativen und mehr als 10.000 Mitgliedern über die ausgehandelten Positionen zum Ausbau der Windkraft geäußert. Gemessen an den Forderungen der FDP in deren Wahlprogramm sowie an den in öffentlichen Veranstaltungen geäußerten Positionen zur Windkraftnutzung durch den Partei-Landesvorsitzenden, Dr. Volker Wissing, kann das Ergebnis lediglich als Kosmetik bezeichnet werden.

Das Vertrauen ist erschüttert, sagt Uwe Anhäuser, Vorsitzender des Bündnisses. Er erinnert an Wissings Versprechen vor der Landtagswahl: „Mit der FDP wird es in Rheinland-Pfalz keine Fortsetzung der bisherigen rot-grünen Politik geben!“

Die für den Koalitionsvertrag ausgehandelten Positionen sind buchstäblich vom Winde verdreht: Mit 1000 bis 1100 Meter sind die Abstandsempfehlungen für Wohnsiedlungen viel zu gering ausgehandelt und greifen nicht bei Einzelgehöften und Splittersiedlungen. Hier sind die Abstände (500 Meter) nicht angepasst worden. Damit ist die „Zweiklassengesellschaft“ der vom Windkraftausbau direkt Betroffenen verschärft worden!

Die Wasserschutzzone I war bereits zuvor für Windkraft tabu und der Windradbau in Wasserschutzzone II war bisher nur in seltenen Ausnahmefällen möglich. Doch ausgerechnet durch den Koalitionsvertrag sollen die Ausnahmen zur Regel werden!

Als reine Polit-Kosmetik bezeichnet das Bündnis auch die Aushandlungen zum Ausschluss von Kernzonen in Naturparks und Vogelschutzgebieten. Bisher waren per Rechtsverordnung die Kernzonen von Windkraftanlagen frei zu halten. Nun wurde hieraus eine eigene Position im Koalitionsvertrag. Außerhalb von Kernzonen und in Naturparks ohne definierte Kernzonen ist dem Ausbau von Windkraft kein Stopp gesetzt worden, zumal es in der Festlegung von Naturschutzflächen keine sichtbare Verbesserung gibt.

Der Ausschluss derjenigen Natura-2000-Gebiete, für die Ausschlussempfehlungen der staatlichen Vogelschutzbehörde vorliegen, ist lediglich als Tropfen auf den heißen Stein zu werten. Denn diese Ausschlussempfehlungen betreffen nur ca. zwei Prozent der Vogelschutzgebiete insgesamt.

Völliges Unverständnis herrscht im Bündnis bezüglich der geringen Änderung zu kulturhistorischen Landschaften, da hier eine vollständige Überarbeitung von deren Definition und ihrer Bewertung hätte erfolgen müssen. Der Hunsrück, die Nahe-Glan-Region, die Eifel und der Westerwald fehlen weiterhin, da diese Gebiete von der aktuell abzulösenden Landesregierung völlig willkürlich als kulturhistorisch unbedeutsam festgelegt wurden!

Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich verschaukelt und können nicht verstehen, dass sich der Landesvorsitzende der FDP darauf einlassen konnte.

Der einzige Pluspunkt im Koalitionsvertrag könnte aus Sicht des Bündnisses Energiewende darin zu erblicken sein, dass von der „Ampelkoalition“ unverzüglich das Verfahren für eine Nachsteuerung des Landesentwicklungsprogramms eingeleitet werden soll. Dazu würde

auch die Aufgabe der Utopie gehören, bis 2030 theoretisch („bilanziell“) 100 Prozent des elektrischen Stroms aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Diese Forderung war im Rahmen des physikalisch Möglichen ohnehin unrealistisch.

Inwieweit die im Entwurf des Koalitionsvertrags vorgesehenen Änderungen bereits bei bestehenden Flächennutzungsplänen und Genehmigungsverfahren greifen, wurde bisher nicht näher mitgeteilt.

Die Grünen/Bündnis 90 wurden gerade hinsichtlich ihrer Energiepolitik von den Wählern drastisch abgestraft. Außerhalb der Städte, also dort, wo Windkraftwerke stehen, wurden sie zum Teil überhaupt nicht mehr gewählt. Mit 5,3 Prozent haben sie den Einzug in den Landtag nur knapp genommen. Hierfür waren, wie man der Wahlstatistik entnehmen kann, ausschließlich Wählerstimmen in Trier und Mainz verantwortlich, also in Städten, die von den Windkraftwerken überhaupt nicht betroffen sind. Hätten nur Menschen auf dem Lande – und Rheinland-Pfalz ist nun einmal ein Flächenland – gewählt, wäre diese Grüne-Partei in RLP zu Recht nicht mehr existent. Aber in der Koalition soll die Energiewirtschaft trotz alledem bei den Grünen verbleiben, was dem Bürgerwillen somit direkt entgegensteht!

Es lässt sich trefflich spekulieren, welchen Stellenwert die Energiepolitik neben anderen politischen Themen für Volker Wissing hat. Seine Wahlversprechen wurden mit diesen rein polit-kosmetischen Änderungen hinsichtlich eines gesteuerten und vernünftigen Windkraftausbaus zumindest nicht eingelöst.

Da die Landesentwicklungsplanung, sollte der Koalitionsvertrag am Montag abgesehnet werden, in den Händen des SPD-geführten Innenministeriums liegt, sieht das Bündnis gerade bei der SPD die moralische Verantwortung, den Windwahn zu stoppen und zügig die landesplanerischen Anpassungen umzusetzen. Es mutet merkwürdig an, dass hierzu in den Medien und in den Schreiben an die SPD-Mitglieder keine Position bezogen wird. Das von einem Bündnismitglied angestrebte SPD-Mitgliederbegehren ist eine notwendige und richtige Konsequenz.

Das Bündnis wird weiterhin mit der FDP im Dialog bleiben, so wie es auch jederzeit für einen Dialog mit den anderen Koalitionspartnern bereit bleibt. Allerdings ist die Position des Bündnisses sehr deutlich: Rheinland-Pfalz benötigt keine weiteren Windkraftanlagen mehr! Das Bündnis fordert nach wie vor einen Ausbaustopp und eine grundlegende Anpassung der Fehlsteuerungen hinsichtlich dieser desaströsen Energiewende auf dem Rücken der Bürger und der Natur. Die Glaubwürdigkeit von Politikern zeigt sich an Ihrem Handeln, und dies wird das Bündnis kritisch im Blick behalten.

Die Windkraft hat sich künftig dem Wettbewerb zu stellen und ihre weitere Subventionierung über das EEG ist abzuschaffen! Genau dies fordert bekanntlich auch die Bundes-FDP. Die Privilegierung der Windkraft im Außenbereich über den § 35 ist seit langem nicht mehr zeitgemäß und gehört ebenso zügig abgeschafft.

Kontaktdaten:

Uwe Anhäuser, Vorsitzender des Bündnisses,

Telefon: 06544-93 56

Wolfgang Piroth, stellv. Vorsitzender des Bündnisses,

Telefon: 06761-67 68